



Hornkuh-Initiative

Heute werden den meisten Kälbern die Hornanlagen ausgebrannt. Ein Verbot, Tiere zu enthornen, sieht das Volksbegehren zwar nicht vor. Die Urheber der Hornkuh-Initiative wollen aber erreichen, dass weniger Tiere enthornt werden. Mit der Initiative würde in der Verfassung festgeschrieben werden, dass horntragende Kühe, Zuchtstiere, Ziegen und Zuchtziegenböcke zwingend finanziell unterstützt werden müssen.

Die grosse Kammer beschloss hingegen mit 108 zu 42 Stimmen bei 33 Enthaltungen, die Initiative "Für die Würde der landwirtschaftlichen Nutztiere" zur Ablehnung zu empfehlen.

Übrigens: Etliche Landwirtschaftsbetriebe im Appenzellerland halten horntragende Kühe. In Urnäsch, wo bereits heute 97 Prozent aller Kühe Hörner tragen, versteht es man es sogar, Käse von ausschliesslich horntragenden Kühen erfolgreich zu vermarkten. Somit ist bewiesen, dass es definitiv keine finanziellen Anreize seitens des Bundes benötigt.

Bauernaufstand im Nationalrat

Darum geht es: In der rechtlich nicht bindenden «Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik» sieht der Bundesrat mehr Ökologie, mehr Subventionen und weniger Grenzschutz vor. Im Rahmen von Handelsabkommen möchte er die in- und ausländischen Agrarmärkte weiter öffnen – ein Reizthema bei den Schweizer Landwirten. Seit Monaten haben sich Bauernvertreter auf Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann eingeschossen, der ganz offensichtlich in ein Wespennest gestochen hat. Viel Geschirr wurde zerschlagen, zwischenzeitlich herrschte sogar Funkstille zwischen Bauern-Lobby und Bundesrat.

In einer emotionalen Debatte hat der Nationalrat die Pläne des Bundesrats zerpfückt. Den Höhepunkt der Chropfleerete bildete die Rückweisung des Berichts an den Bundesrat. Der Beschluss fiel mit 108 zu 74 Stimmen. Der Auftrag an die Regierung: Die heute eingebrachte Kritik aufnehmen, bevor sie eine neue Agrarpolitik durchsetzt.

Markus Ritter, Präsident des Bauernverbands, stösst sich im Bericht vor allem am Abbau des Grenzschutzes: «Damit würden der Schweizer Landwirtschaft rund 800 Millionen bis eine Milliarde Franken an Wertschöpfung verloren gehen. Dies würde auf unsere Einkommen durchschlagen.» Es gelte den Bericht des Bundesrats gründlich zu überarbeiten: «Die nationale Agrarpolitik und die internationale Handelspolitik sind zu trennen.»

Nationalrat will Agroscope-Reorganisation einen Riegel schieben

Strategielos und schädlich für die Forschung: Mit diesen Worten haben Nationalratsmitglieder die geplante Reorganisation der landwirtschaftlichen Forschungsanstalt Agroscope kritisiert. Der Rat verlangt mit grosser Mehrheit, dass der Bundesrat das Projekt sistiert. Er beschloss am Montag mit 141 zu 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen, eine entsprechende Motion seiner Wirtschaftskommission (WAK) anzunehmen. Die WAK fordert den Bundesrat auf, zusammen mit den relevanten Anspruchsgruppen und den Kantonen eine Strategie zu erarbeiten. Erst danach könne man entscheiden, wie viele Standorte und Mittel es brauche. Bis eine Strategie vorliege, sollen keine weiteren Umstrukturierungen stattfinden.



Der Entscheid des Nationalrats hat auch Auswirkungen auf die Ostschweiz, da u.a. die Forschungsanstalt Tänikon von geplanten Umstrukturierungen betroffen ist. Eine Schliessung dieser Forschungsanstalt hätte für die landwirtschaftliche Beratung und Ausbildung in der Ostschweiz nicht zu unterschätzende Auswirkungen. Es droht ein erheblicher Abbau von Arbeitsplätzen.

Nationalrat will Armeeausgaben nicht erhöhen

Der Nationalrat lehnt es mit 118 zu 70 Stimmen ab, die Armeeausgaben auf 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) zu erhöhen. Das wären aktuell rund 6,7 Milliarden Franken. Heute kann die Armee jährlich 5 Milliarden Franken ausgeben. Das genügt nach Ansicht von Fraktionskollege Werner Salzmännli (SVP/BE) nicht. Er reichte eine parlamentarische Initiative ein mit dem Ziel, das Armeebudget ab 2025 ans BIP zu koppeln.

► Persönliche Einschätzung:

Wir leben nicht in einer friedlichen Welt, wie man das vielleicht eine Zeit lang glaubte und hoffte. Vielmehr zeigt sich jetzt, was die Geschichte immer wieder lehrte:

Frieden ist nicht etwas Selbstverständliches, etwas Natürliches, sondern etwas Zerbrechliches, das immer bedroht und gebrochen werden kann.

Gerade deshalb erstaunt es halt schon, dass Bundesrat und Parlament in den letzten Jahren und Jahrzehnten vornehmlich bei der der Armee gespart haben. Während dem die Armeeausgaben 1990 noch 1,4 Prozent des BIP betragen, waren es Ende 2015 gar weniger als 0,7 Prozent.

Die Sicherheit ist dem Bundesrat immer weniger wert: Obwohl das Parlament am 7. März 2016 einen Zahlungsrahmen der Armee für die Jahre 2017 bis 2020 im Umfang von 20 Milliarden Franken bewilligte, werden die eingestellten VBS-Kredite für die Armee im Jahr 2020 – infolge bundesrätlicher Sparmassnahmen – rund 1 Milliarde Franken weniger als ursprünglich vom Parlament bewilligt betragen.

Die Schweiz gilt als eines der reichsten Länder der Welt. Und dennoch: Gemessen am prozentualen Anteil der Rüstungsausgaben bezogen zum Bruttoinlandsprodukt rangiert die Schweiz auf Platz 131 von total 152 berücksichtigten Ländern.

Es ist deshalb an der Zeit, dass der Armee endlich die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. Machen wir das nicht, so sollten wir wenigstens den Mut aufbringen, unsere letzte sicherheitstechnische Reserve zu liquidieren und dabei die Verteidigung unseres Territoriums an einen Partner auslagern.

Gelingen wird uns dies nicht! Denn ein solcher „Partner“ wird seine Bereitschaft an finanzielle Forderungen binden. Sollte gar ein NATO-Beitritt ins Auge gefasst werden, so würde uns dies jährlich 2% des BIP oder über 13 Milliarden Franken pro Jahr kosten.

Der Nationalrat hat es verpasst, endlich die langfristige Finanzierung unserer Armee ernsthaft zu regeln und sicherzustellen. Angesichts des internationalen Wettrüstens und der internationalen Bedrohungslage ist es völlig fehl am Platz, wenn die Schweiz ihre Armeeausgaben nicht endlich erhöht.



Im Nationalrat habe ich die Minderheit vertreten und für die SVP-Fraktion zum Geschäft Stellung genommen. Das Video ist unter dem folgenden Link ersichtlich:

<https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-videos?TranscriptId=230644>

Selbstbestimmungsinitiative

Der Nationalrat hat am Mittwoch die Debatte zur Selbstbestimmungsinitiative fortgesetzt. Erneut ging es um grosse Themen - um Demokratie, Rechtsstaat, Freiheit und die Frage, in welchem Verhältnis diese zueinander stehen. Auch Showeinlagen fehlten nicht. SVP-Fraktionspräsident Thomas Aeschi hantierte mit einer Marionette, um zu verdeutlichen, dass "fremde Richter" über die Schweiz bestimmten. Andreas Glarner klebte sich mit EU-blauem Pflaster den Mund zu, weil das Volk aus seiner Sicht mundtot gemacht wird. Entscheiden wird der Rat erst kommenden Montag nach einer Open-End-Sitzung. Insgesamt 83 Ratsmitglieder wollen sich äussern. Bisher kam etwa die Hälfte zu Wort.

Den Initianten geht es um Volksentscheide: Diese sollen umgesetzt werden, auch wenn eine Initiative gegen internationales Recht verstösst. Mit der Initiative "Schweizer Recht statt fremde Richter" will die SVP festlegen, dass die Bundesverfassung gegenüber dem Völkerrecht Vorrang hat - unter dem Vorbehalt weniger zwingender Bestimmungen. Völkerrechtliche Verträge, die der Verfassung widersprechen, müsste die Schweiz neu verhandeln und nötigenfalls kündigen.

Kantonsverfassungen

Das Parlament gewährleistet die geänderten Verfassungen der Kantone Uri, Basel-Landschaft und Appenzell Innerrhoden. Der Bundesrat hatte alle Verfassungsänderungen als bundesrechtskonform beurteilt. Im Kanton Uri geht es um das Gemeindewesen, im Kanton Basel-Landschaft um die Aufgabenzuordnung und Zusammenarbeit der Gemeinden und im Kanton Appenzell Innerrhoden um das kirchliche Stimm- und Wahlrecht.

Keine Chance für Zersiedelungsinitiative

Nach dem Ständerat hat sich auch der Nationalrat gegen die Zersiedelungsinitiative der Jungen Grünen ausgesprochen. Er hält sie für zu radikal.

Die Volksinitiative "Zersiedelung stoppen - für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung" verlangt, die Ausdehnung der Bauzonen gesamtschweizerisch auf unbestimmte Zeit zu stoppen. Bei Einzonungen soll künftig eine gleiche Landfläche von vergleichbarer Qualität ausgezont werden. Dies soll Anreiz sein, vorhandenes Bauland effizient zu nutzen anstatt immer mehr Grünland zu verbauen. Das Bauen ausserhalb der Bauzone wollen die Initianten begrenzen.

Der Rat beschloss am Donnerstag mit 135 zu 33 Stimmen bei 22 Enthaltungen, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Ausser den Grünen lehnten sie fast alle Fraktionen ab. Nur die SP war gespalten. Der Abstimmung ging eine mehrstündige Debatte voraus. Die Sorge um das schwindende Kulturland und die zunehmende Zersiedelung teilten alle Redner, die ans Mikrofon traten. Die Schweiz müsse haushälterisch mit dem Boden umgehen. Doch die Initiative wolle den Status quo einfrieren und sei zu unflexibel, befand die Mehrheit.



Nationalrat will mit neuer Software Milizoffiziere entlasten

Der Nationalrat möchte etwas zur administrativen Entlastung von Milizoffizieren tun. Er unterstützt deshalb die Idee, eine neue Software einzuführen, welche die Koordination der Urlaubsgesuche für die Wiederholungskurse vereinfachen soll. Mit der bestehenden Software, die von einem Milizsoldaten programmiert worden ist, kann die zeitaufwendige Koordination der Urlaubsgesuche reduziert werden. Nun ist der Ständerat am Zug.

Bern, im Juni 2018

David Zuberbühler